



Uster, 10. März 2023
Nr. 522/2023
V4.04.71

Postulat 522/2023 von Andrea Grob (FDP) und Jürg Krauer (FDP):

«Integrative Schule an der Primarschule Uster neu auslegen»

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, inwieweit vom heute praktizierten Schulmodell an der Primarschule Uster abgewichen werden darf und soll, damit die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler, der Lehrpersonen, den schulischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Eltern erhöht und die entsprechende Belastung aller Anspruchsgruppen vermindert werden kann. Diese Auslegeordnung mit Vor- und Nachteilen der einzelnen Varianten soll auch dazu führen, dass das Budget der Primarschule Uster - insbesondere die Kosten für sonderschul- und heilpädagogische Massnahmen - künftig nicht noch weiter ansteigen oder im besten Fall sogar sinken. Im Rahmen dieser Prüfung soll auch aufgezeigt werden, wie gross der kommunale Handlungsspielraum ist und in welchen Fällen von den kantonalen Vorgaben abgewichen werden darf.

Begründung

Vor über 10 Jahren wurde die integrative Schule eingeführt. Standen zu Beginn viele Lehrpersonen und auch Eltern der integrativen Schule positiv gegenüber, muss das heute praktizierte Schulmodell aufgrund der unzufriedenen und häufig überlasteten Lehrpersonen sowie der stetig steigenden Kosten in den Bereichen Sonderschulpädagogik und Schulpsychologie als gescheitert bezeichnet werden. Mit dem heutigen Schulmodell sind weder Lehrpersonen, Eltern noch Kinder zufrieden.

In den letzten 10 Jahren hat sich zudem die Gesellschaft stark verändert: Autismus-Spektrum-Krankheiten nehmen zu und wir stehen nach Corona - eine Zeit, in welcher viele Kinder "eingesperrt" worden sind und noch weniger (die äusserst wichtigen) sozialen Kontakte pflegen/knüpften konnten. Immer mehr verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler werden in eine Abklärung geschickt. Es benötigt immer mehr schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, welche aufgrund des Fachkräftemangels aber kaum zu finden und auch teuer sind. Ein weiterer Punkt ist der akute Mangel an Lehrpersonen - viele verlassen nach kurzer Zeit Ihren Beruf.

Kurzum, wir sind gezwungen, nach neuen Lösungen zu suchen. Es gibt bereits öffentliche Schulen, welche die integrative Schule heute anders leben und damit grossen Erfolg erzielen. Zum Beispiel könnte in eine frühe Erziehungsberatung/Beistandschaft investiert und Kinder vermehrt fremdbetreut werden, in denen das Familiensystem versagt. Gleichzeitig muss den Erziehungsberechtigten intensiver aufgezeigt werden, was zu früher und häufiger Medienkonsum für negative



Folgen auf das Kind und seine Beziehungen haben kann. Dies sind nur zwei Möglichkeiten, welche eine Gemeinde ohne kantonales Einverständnis machen kann.

Desweiteren könnten auch Kleinklassen gegründet werden, in welchen integrierte Schülerinnen und Schüler mit besonderen Massnahmen zugeordnet und am meisten sonderpädagogische Ressourcen zur Verfügung stehen (SHPs). In solchen Klassen wäre nicht der intellektuelle Grad entscheidend, sondern die bessere Förderung von Einzelnen, welche in grossen Klassen zu kurz kommen oder durch das Verhalten eine Klasse zu sehr für sich einnehmen. So gesehen hätte man dann auch in diesen Kleinklassen das wichtige "Intellekt-Gefälle". Weiter müsste diskutiert werden, ob der 31. Juli als Stichtag für die Einschulung Sinn macht oder ob das Einschulungsdatum besser wieder nach vorne geschoben werden soll (zum Beispiel auf den 30. April) und damit die Kinder zum Zeitpunkt des Schulstarts reifer sind.

Mit einem angepassten Schulmodell kann nicht nur die Zufriedenheit aller Beteiligten gesteigert werden - auch die Kosten werden gesenkt. Ein Kind, welches spezifische (externe) Sonderschulpädagogik benötigt, kostet den Steuerzahlenden plus minus CHF 100'000.00 im Jahr. Aktuell sind die Fallzahlen und Kosten im Bereich Sonderschulpädagogik in der Primarschule Uster stark ansteigend. Gut möglich, dass die Kosten hierfür bald auf eine zusätzliche (!) Million pro Jahr (wiederkehrend) ansteigen.

Uster, 10. März 2023

Andrea Grob

Jürg Krauer